

Auszug aus der Niederschrift zur Sitzung des Rates der Stadt Hagen vom 21.05.2026

Öffentlicher Teil

TOP 6.23. Weiteres Vorgehen Personentunneldurchstich Hauptbahnhof und Kosten- darstellung

0350/2026
Entscheidung
geändert beschlossen

Herr Oberbürgermeister Rehbein macht auf den Sachantrag der FDP und Hagen Aktiv aufmerksam.

Herr Gronwald zeigt auf, dass bereits mit der Vorlage 0574/2022 eine Brückenlösung in den UKM eingebracht wurde. Dort sei das Ergebnis festgestellt worden, dass die Lösung nicht möglich sei. Da er jedoch von keiner Begründung weiß, bittet er um erneute Überprüfung.

Frau Graf erklärt, dass es in Tübingen eine Brücke gibt, welche über ein Bahngelände führt. Sie hebt die Förderquote aus diesem Beispiel positiv hervor und begründet somit den Sachantrag auch aus wirtschaftlichen Gründen. Außerdem macht sie auf einen möglichen Lückenschluss der Radwege aufmerksam, wenn sich für eine Fahrradbrücke entschieden würde. Frau Graf erklärt, dass die Oberleitung bei der Sanierung des Bahngeländes tiefer gesetzt werden könnten, sodass eine Überbrückung möglich wäre.

Herr Eiche unterstützt den Antrag, da eine Kostenaufstellung dieser anderen Lösung interessant wäre. Er spricht jedoch auch seine Präferenz für den Durchstich aus.

Herr Ludwig erklärt, dass eine Überprüfung einer anderen Alternative zu einer weiteren Verzögerung führe und dies angesichts der mehrjährigen schon stattgefundenen Beratung zu diesem Thema ungünstig sei. Er spricht sich für eine zeitnahe Umsetzung des Durchstiches aus.

Herr Gronwald betont, dass eine Überprüfung zeitlich überschaubar wäre.

Herr Keune weist darauf hin, dass am 14.12.2023 im Rat die Brückenlösung bereits als nicht sinnvoll erachtet wurde. Mit dem Einvernehmen der Bahn bei einer Brückenlösung ist ebenfalls nicht zu rechnen. Die Barrierefreiheit beim Bau einer Brücke stellt eine große Herausforderung dar, weil unter anderem sechs Aufzüge gebaut werden müssten, welche nicht förderfähig wären und eine gewisse Rampenlänge vorhanden sein muss. Er weist auch auf die zu erwartenden erheblichen zeitlichen Verzögerungen dieser Alternative aufgrund des Planfeststellungsverfahrens und der zu beantragenden Sperrzeiten der deutschen Bahn hin. Zuletzt erklärt Herr Keune, dass mit den Arbeiten über dem Werdetunnel erst begonnen werden kann, wenn die Arbeiten der Deutschen Bahn dort fertiggestellt sind. Dies sei für 2032/2033 geplant.

Herr Klepper stimmt den Ausführungen von Herrn Keune zu und appelliert erneut an eine nun zügige Umsetzung und keine weiteren Diskussionen.

Herr Oberbürgermeister Rehbein stellt den Sachantrag der FDP und Hagen Aktiv zur Abstimmung. Der Sachantrag wird unter Zustimmung der FDP und Hagen Aktiv und unter Enthaltung der AfD-Fraktion mehrheitlich abgelehnt.

Herr Oberbürgermeister Rehbein stellt seinen geänderten Beschlussvorschlag vor. Diese Formulierung soll konkretisieren bzw. ergänzend darauf hinweisen, dass es bereits Planungen zu diesem Gebiet gibt, aber auch andere Möglichkeiten geprüft werden.

Herr Eiche fragt nach der geplanten Realisierungsdauer des Durchstiches.

Herr Keune erklärt, dass keine abschließende Prognose abgegeben werden kann. Es müssen noch viele Planungsleistungen erfolgen und Probleme gelöst werden. Unter anderem ist die Belieferung der Deutschen Edelstahlwerke während der Bauzeiten stets sicherzustellen. Außerdem weist er darauf hin, dass die Bahn mit den letzten Bahnstationsmodernisierungsarbeiten 2029 beginne.

Herr Gronwald stellt die Frage, ob es sich bei der angedachten Multifunktionshalle um eine Alternative für den Investor der möglichen Halle am Ischeland handelt oder diese durch die Stadt Hagen selber finanziert werden soll.

Herr Oberbürgermeister Rehbein bittet in diesem Thema um Geduld. Er stellt aber klar, dass es sich, wenn um einen Tausch handelt. Hier finden zurzeit noch Gesprächen mit möglichen Investoren statt.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, an dem Projekt Personentunneldurchstich (City Link) weiterzuarbeiten.

Bei der weiteren Planung der Westside wird **neben den aktuellen Planungen für das Grundstück auch** eine mögliche Entwicklung der Westside zu einem Standort für eine Multifunktionshalle geprüft. Dazu wird eine Vorhabensskizze von der Verwaltung erarbeitet.

Abstimmungsergebnis:

☒ Einstimmig beschlossen

Anlage 1 Antrag von FDP und Hagen Aktiv

FDP-Fraktion / Ratsgruppe Hagen Aktiv

Fraktion und Ratsgruppe • Rathausstr. 11 • 58095 Hagen

An den
Oberbürgermeister der Stadt Hagen
Dennis Rehbein
Im Haus

Hagen, 19.05.2026

**Betreff: Sachantrag zu Top I.6.23 " Weiteres Vorgehen Personentunneldurchstich
Hauptbahnhof und Kostendarstellung" – Rat, 21.05.2026**

Sehr geehrter Herr Rehbein,

hiermit stellen wir folgenden Sachantrag zu Top I.6.23 der Ratssitzung am 21.05.2026 gem.
§16 GO:

Antrag

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung wird wie folgt ergänzt:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Machbarkeitsprüfung für eine Brückenverbindung im Bereich der Werdestraße als Alternative oder Ergänzung zum geplanten Personentunneldurchstich (City Link) durchzuführen. Die Prüfung soll insbesondere folgende Aspekte umfassen:

1. Technische Machbarkeit und Realisierungszeitraum einer modernen Fuß- und Radwegbrücke im Bereich der Werdestraße.
2. Kosten- und Zeitplanvergleich mit der Tunnelvariante (Vorlage 0350/2026).
3. Fördermöglichkeiten für eine Brückenlösung im Vergleich zum Tunnelprojekt.
4. Nutzung der bereits im Bereich der Werdestraße getätigten städtischen Investitionen (insb. Grundstücksankäufe).
5. Abhängigkeit vom laufenden Umbau des Hauptbahnhofs durch die Deutsche Bahn.

Begründung

Der Sachstandsbericht der Verwaltung (Vorlage 0350/2026) zeigt: Der Personentunneldurchstich ist mit erheblichen Unsicherheiten bei Kosten (mindestens 15,5 Mio. € – Entree, Gestattungskosten und Folgekosten noch nicht enthalten), Fördermitteln (kein Zugang über FöRi-Kom-Stra, FöRi-Nah oder Bundesinfrastrukturfonds) und Zeitplan

(Baubeginn frühestens nach Fertigstellung der Bahnstationsmodernisierung 2031) behaftet. Das bedeutet: kein Fortschritt auf der Westside für mindestens ein Jahrzehnt.

Die Verwaltung hat über viele Jahre umfangreiche Vorbereitungen im Bereich der Werdestraße getroffen – einschließlich Grundstücksankäufen. Dieses Potenzial darf nicht ungenutzt bleiben. Eine Brückenlösung könnte gegenüber dem Tunnel wesentliche Vorteile bieten: bessere Eignung für den Radverkehr, geringere Abhängigkeit von DB und DEW sowie potenziell deutlich kürzere Realisierungszeiten.

Die Antragsteller fordern keine vorgezogene Entscheidung gegen den Tunnel, sondern eine ergebnisoffene und parallele Prüfung einer durchaus realistischen Alternative.

Wir bitten um Unterstützung für diesen Antrag.

Mit freundlichen Grüßen,

Katja Graf
FDP-Fraktionsvorsitzende

Michael Gronwald
Gruppensprecher Hagen Aktiv

Daniel George
f.d.R. Geschäftsführer FDP-Fraktion